

## Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE

zu:

**Antrag auf Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion - Strukturentwicklung in der Lausitz gemeinsam mit den Menschen der Region gestalten - Drucksache 6/8797 vom 22.05.2018**

### **Perspektiven schärfen. – Die Weichen für die Lausitz stellen, im Bund wie im Land!**

Der Landtag stellt, in Bekräftigung seiner Beschlüsse 6/1225-B, 6/1229-B und 6/5168-B, fest:

Die Lausitz ist Heimat für fast 450.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger. Sie ist Wissenschafts-, Kultur- und Tourismusregion. Die Lausitz ist aber vor allem auch eine starke und selbstständige Wirtschafts- und Industrieregion. Dabei sind in Brandenburg und Sachsen tausende Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit der Braunkohle verbunden.

Allen Beteiligten ist klar, dass die Verstromung der Braunkohle endlich ist. Es ist daher auch unsere Aufgabe, für die Zeit des Übergangs und für die Zeit danach Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Lausitz weiterhin eine starke und selbstständige Wirtschafts- und Industrieregion bleibt. Dabei wird die erfolgreiche Strukturentwicklung nur gelingen, wenn die Lausitz eine weltoffene und tolerante Region bleibt: Gesellschaftliche Offenheit für Neues ist Voraussetzung, um Neuerungen im Bereich der Wirtschaft zu schaffen. Gesellschaftliche Offenheit für Neues bedeutet dabei nicht, die bisherige kulturelle Prägung zu negieren. Im Gegenteil: Gesellschaftliche Offenheit und Stärkung der Regionalidentität bedingen einander. In diesem Sinne muss die Entwicklung zukunftsfähiger Wirtschafts- und Innovationsstrukturen durch Maßnahmen zur Stärkung der Regionalidentität wie die Bewahrung der sorbischen Kultur und des industriekulturellen Erbes flankiert werden.

Um diesen Prozess erfolgreich zu gestalten, bedarf es erheblichen Engagements sowie der Zusammenarbeit von Bund, Land und Kommunen, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wesentlich für den Erfolg des Strukturwandels ist die Zusammenarbeit der beteiligten Verantwortungsträger und Ebenen. Die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) ist dabei ein wichtiger Akteur für die Entwicklung und Stärkung der Lausitz als Energie-, Industrie- und Innovationsregion. Sie soll zentrale, koordinierende und anstoßende Funktionen übernehmen.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit aller Akteure zur Bewältigung des Strukturwandels setzt ein gemeinsames Verständnis der zukünftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Perspektiven der Lausitz voraus. Deswegen begrüßt der Landtag, dass sich die Region auf den Weg gemacht hat, ein gemeinsames Leitbild zu entwickeln. Unterschiedliche Sichtweisen müssen offen und ehrlich diskutiert werden. Am Ende muss ein zukunftsgerichtetes Leitbild für die Lausitz stehen. Hierfür ist ein breiter Partizipationsprozess für die lokalen, kommunalen und weiteren beteiligten Akteure unter Einbindung wissenschaftlicher Expertise notwendig.

Zu Recht erwarten die Menschen in der Lausitz von der Bundespolitik und der Landespolitik Aussagen, wie es in der Region weitergehen soll. Der Bund und das Land sind hier gemeinsam in der Verantwortung:

Mit dem Beschluss zur Einsetzung und den inhaltlichen Vorgaben für die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat der Koalitionsvertrag auf Bundesebene Eckpunkte vorgegeben, die auf die Lausitz erhebliche Auswirkungen haben werden.

Der Bund steht in der Verantwortung bei seinen Entscheidungen und Vorgaben die berechtigten Interessen der Betroffenen vor Ort zu berücksichtigen. Für die Menschen und die Wirtschaft in den vom Strukturwandel betroffenen oder bedrohten Regionen müssen Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen und gestaltet werden. Um diesen Prozess auch im Sinne der betroffenen Regionen konstruktiv mitzugestalten, müssen diese selbstverständlich als Mitglieder in die Kommission berufen werden.

Das Land steht in der Verantwortung, das zusammen mit dem Freistaat Sachsen beschlossene Grundsatzpapier „Gemeinsam für die Zukunft der Industrieregion Lausitz“ sowie die beschlossenen landespolitischen Projekte prioritär umzusetzen. Der Leitbildprozess muss durch das Land unterstützt werden. Die Landesregierung soll weiterhin eine koordinierende Rolle spielen, die Partner in der EU und im Bund für die Unterstützungsbedarfe der Lausitz sensibilisieren und die Interessen der Lausitz vertreten.

Auch der Landtag ist sich seiner Verantwortung für den Strukturwandel bewusst. Er versichert den Menschen in der Lausitz, dass ihre Anliegen für das Parlament von hoher Bedeutung sind.

Der Landtag begrüßt

1. dass die Landesregierung gemeinsam mit der Regierung des Freistaates Sachsen ihre grundlegenden Vorstellungen für die Zukunft der Industrieregion Lausitz vorgelegt hat;
2. die Schaffung von Arbeitsstrukturen und die Unterstützung der Arbeit der Akteure vor Ort durch die Landesregierung;
3. das Engagement von regionalen und landespolitischen Akteuren auf EU-Ebene, um auch hier Unterstützungsmöglichkeiten zu eruieren;
4. dass sich die regionalen Akteure auf den Weg machen, um ein gemeinsames Ver-

ständnis, respektive Leitbild über die zukünftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Perspektiven der Lausitz zu entwickeln;

5. die engere Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung des Landes (WFBB) und den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften auf Grundlage von Kooperationsverträgen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. weiterhin eine koordinierende Rolle in der Region einzunehmen und die enge Abstimmung mit den regionalen Akteuren zu suchen;
2. den nun beginnenden Leitbildprozess langfristig zu unterstützen;
3. sich auch zukünftig eng mit dem Freistaat Sachsen abzustimmen;
4. die beschlossenen landespolitischen Projekte prioritär umzusetzen;
5. die Wissenschaftsstandorte in der Lausitz weiter zu stärken;
6. die Strukturentwicklung als interministeriellen Prozess zu begreifen, bei dem viele Politikfelder (u. a. Wirtschaftspolitik, Wissenschaftspolitik, Infrastrukturpolitik, Energiepolitik, Kulturpolitik, Stadtentwicklungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik) eng miteinander zu verzahnen sind;
7. auf europäischer Ebene weiterhin bei der EU-Kohleplattform mitzuarbeiten und sich gegenüber der EU-Kommission bei der Ausgestaltung der zukünftigen Kohäsionspolitik für die Bedürfnisse von Regionen im Strukturwandel stark zu machen.

Mit Blick auf die anstehenden Entscheidungen der Bundespolitik fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass

1. es langfristige und verlässliche bundespolitische Rahmenbedingungen gibt, die der vorhandenen Wirtschaftsstruktur Rechnung tragen und der Region die notwendige Zeit zum Wandel geben;
2. Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung, wie das Fraunhofer-Institut für Speichertechnologien und das Zentrum für digitale Innovationen in der Systemforschung in der Lausitz etabliert werden;
3. die Lausitz Energieregion bleiben kann und durch entsprechende Gesetzesänderungen (Stichwort: Stromsteuer, EEG) neue Energieerzeugertechnologien (z. B. Power to X) auch wirtschaftlich Anwendung finden können;
4. die Festlegung des Ausstiegsdatums aus der Kohleverstromung an energiewirtschaftlich realisierbaren Szenarien ausgerichtet wird. Der Ausstieg muss verhältnismäßig sowie wirtschaftlich und sozial verträglich gestaltet werden;
5. für die Braunkohlereviere eine langfristige und somit planbare Unterstützung zur Gestaltung der Strukturentwicklung aufgesetzt wird.

#### Begründung:

Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung wird die Rahmenbedingungen für die bevorstehenden wirtschaftlichen Veränderungen in der Lausitz definieren, die weitreichende Auswirkungen haben werden. Dabei gilt es, die Lausitzerinnen und Lausitzer in die bevorstehenden Entscheidungen einzubeziehen. Es ist gemeinsame Aufgabe von Bund, Land und den Entscheidungsträgern vor Ort Perspektiven für die Lausitz

als starken Wirtschaftsstandort zu schaffen, um die Region weiterhin lebenswert gestalten zu können.